

turbine

Mitteilungsblatt der DKP für VOITH-Beschäftigte

TURBINE Ausgabe Nr. 05

Dezember 2008

Jahrgang 37

Novemberabschluss ohne Realloohnerhöhung

Finanzkrise und Tarifergebnis

Statt Stärkung der Massenkaukraft - Sicherung der Finanzprofite

„...VOITHianer wie Sie verdienen gefeiert zu werden“, so Dr. Lienhard bei der Jubilarfeier Ende Oktober 2008. Ein Auftragseingang über sechs Milliarden, ein Umsatz von knapp fünf Milliarden im abgelaufenen Geschäftsjahr und für das laufende sind die Auftragsbücher voller denn je. Noch habe die Finanzkrise und die sich abzeichnende Rezession keinerlei Auswirkungen auf VOITH. Geschmackvoll verschönerte die Urenkelin von Hanns VOITH die Zahlen für die Eigentümerfamilien, die Verzinsung ihres Eigenkapitals, mit Harfenspiel. Ob die Jubilare bei ihrem Ehrenbürger und Aufsichtsratschef Dr. Rogowski bemerkten, dass er als Mitglied im Aufsichtsrat bei der IKB-Bank, die mit rund 10 Milliarden Euro vor dem Ruin gerettet wurde, ein „schlechtes Gewissen“ hatte, ist sicherlich niemandem aufgefallen. Doch Konzernchef Lienhard ruderte nach seiner Laudatio für volle Auftragsbücher pflichtgemäß zurück. „Es könne nicht immer nach oben gehen“.

Trotz oder wegen der sich abzeichnenden Finanzkrise stellte die Tarifkommission eine Forderung von 8 Prozent für 12 Monate und traf so auch die Erwartungen der Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben. Ungewöhnlich hoch war die Kampfbereitschaft in den Betrieben. Es war zu begrüßen, dass die IG Metall trotz der Finanzkrise den Anfeindungen aus dem Arbeitgeberlager zumindest bis 1. November stand-

gehalten hat. Unverständlich daher das Vorpreschen des Metallvorsitzenden Huber zu Beginn der Protestaktionen, mit seiner Andeutung einer Verlängerung der Laufzeit des Tarifvertrags. Unabhängig von dieser Andeutung erinnerte Koll. Strobel IGM-HDH in einer IGM-Funktionärs-konferenz

Platz folgte einige Tage später die Ernüchterung. Die Angst vor einer Tarifauseinandersetzung ist immer ein schlechter Begleiter. Die Eile aber bei Tarifabschlüssen ist die Mutter aller Dummheit. Die Auswirkung der Finanzkrise auf die Automobilindustrie hat die Kampfbereitschaft der Metall-Kollegen aus der Autobranche beeinträchtigt. Der Maschinenbau aber war das boomende Arbeitsgebiet für Tarifkämpfe und damit das Zünglein an der Waage für ein besseres Tarifergebnis. Arbeitgeberpräsident Hundt kommentierte: „Der Tarifabschluss kann dazu beitragen, die negativen Folgen der Finanzmarktkrise zu begrenzen“. Er nannte das Ergebnis ein Zeichen der Vernunft. Manfred Wittenstein, Präsident der Maschinenbauer, bezeichnete das Tarifergebnis als einen Abschluss mit dem wir klar kommen.



DKP Stadtrat Püschel solidarisch bei den VOITH-Metallern und den Gießerei-Kollegen

Anfang November, dass nicht die Menschen in den Betrieben für die Finanzkrise verantwortlich seien. „Geld ist genug da, lernen wir in diesen Tagen. Wo Geld fehlt, ist in den Arbeitnehmer-Haushalten -und zwar auf breiter Front“ Sein Credo: Die Kaufkraft erhalten und stärken, die Gewinnrücklagen zugunsten der Beschäftigten senken.

Auf die kämpferischen Reden des Koll. Hofmann von der Bezirksleitung der IG Metall und der des KBR-Vorsitzenden Kollegen Schaible von VOITH zur Durchsetzung der Forderung nach 8 Prozent noch am 07. November auf dem Eugen-Jaekle-

Berthold Huber räumte ein, es sei nicht gelungen, die Gerechtigkeitslücke so zu verkleinern, wie das wünschenswert gewesen wäre. Berücksichtigt man die 18 Monate Laufzeit, so bleibt für die Beschäftigten kein Reallohnzuwachs. Eine knapp 3 prozentige tabellenwirksame Lohnerhöhung haben die Beschäftigten im Geldbeutel. Der Abschluss führt die Umverteilung von unten nach oben fort. Trotz Finanzkrise werden die Nettoprofite steigen. Die Beschäftigten, die Rentner, die lernende Jugend und die Arbeitslosen werden die Zeche doppelt zu bezahlen haben.



Massenentlassungen in Jihlava

600 Kolleginnen und Kollegen auf die Straße gefeuert

Der Jihlavaer Tageszeitung zufolge sind rund 600 Beschäftigte der Fa. Bosch-Diesel bereits im Oktober diesen Jahres auf die Straße gefeuert worden. Wie in

der BRD, so auch in Jihlava, sind es die gleichen Argumente, die von den Herren-Unternehmensvertretern genannt werden, um ihre Hände gegenüber den Beschäftigten in Unschuld zu waschen. Natürlich, die kapitalistische Produktion



Michael Schöllhorn
Geschäftsführer



BOSCH Diesel noch im Januar 6.200 Beschäftigte

richtet sich nicht nach den Bedürfnissen der Menschen, sondern orientiert sich am Maximalprofit. Deshalb standen die 600 Beschäftigte von einer Stunde auf die andere auf der Straße.

Familienmütter und -väter auf die Straße gesetzt mit dem Ziel, so Herr Schöllhorn, durch Massenentlassungen die Konkurrenzfähigkeit des Werks in Jihlava dauerhaft zu gewährleisten. Wie glücklich die 600 Brot- und Arbeitslosen sein müssen, dazu beigetragen zu haben, die Konkurrenzfähigkeit des Boschkonzerns wenigstens vorübergehend zu sichern.

Kritisiert wurde die Vorgehensweise der Verantwortlichen. Buchstäblich wurden die Leute von einer Stunde auf die andere von der Arbeit weg hinausgeworfen. Nicht einmal die Gelegenheit war gegeben, sich von den Arbeitskollegen zu verabschieden. Der Dank an die „Lieben Mitarbeiter“ auf einer vorab stattgefundenen Betriebsversammlung muss wie

Hohn empfunden werden. Gespräche mit Einzelnen hätten sich Monate hingezogen, wir mussten, so Herr Schöllhorn, das in kürzester Zeit gelöst haben. Au-

ßerdem hätten die Entlassenen noch eine reale Chance, einen anderen Arbeitsplatz aufzutreiben. Die Geschwindigkeit des Rauswurfs lässt sich am Beispiel einer Kollegin am besten beschreiben. Ihre per-

sönlichen Sachen wurden durch den Vorgesetzten aus ihrem Spind in einen Beutel gepackt, weil sie keine Tasche dabei hatte. Selbst am Ende der Dreischicht wurde direkt entlassen. In einigen Fällen haben wir den Leuten, wenn keine Verkehrsmittel mehr zur Verfügung standen, so Herr Schöllhorn, angeboten, sie nach Hause zu fahren. Wir hatten, so Schöllhorn, für diese Leute keine Arbeit mehr und wollten, dass die Kündigungen schnell vollzogen werden.

Mit welcher Arroganz und Gutsherrenart mit dem „Lieben Mitarbeiter“ bei Bosch Diesel in unserer Partnerstadt Jihlava umgesprungen wird, scheint für die Industriebetriebe in der Tschechischen Republik, mangels politischen Gegendrucks, typisch zu sein. Dass aber die Bosch-Zentrale in der BRD eine solche feudale Betriebsführung nicht abstellt, zeigt im Kern die Moral der Konzernherren und ihrer Aktionäre in einem grellen Licht.



Versammlungsrecht auch für IG Metall in Gefahr

Wer braucht den Abbau demokratischer Rechte? Wer braucht den Bundeswehrein-satz im Innern? Wer braucht die Verschärfung des Versammlungsgesetzes?

Brauchen es die Gewerkschaften, die Beschäftigten in den Betrieben? Brauchen es die Sozialverbände, Jugendverbände, Schüler und Studenten? Brauchen es die Arbeitslosen und HartzVI-Familien? Brauchen es die Naturfreunde, und die anderen demokratischen Verbände wie attac oder das Sozialforum? Die Friedensgruppen? Die Parteien, Caritas oder die Kirchen? Braucht es die DKP oder alle die Linken in der BRD? „Nein!“ Wir alle brauchen es nicht! Es braucht die CDU/CSU mit Herrn Innenminister Schäuble und Herrn Ministerpräsident Oettinger. Es

brauchen die Neoliberalen auch Teile der SPD, und der Grünen. Eigentlich brauchen sie es auch nicht! Warum und in welchem Interesse machen sie es? Warum schielen sie nach einem Ermächtigungsgesetz? Für wen? Brauchen es die Aktionäre der maroden Banken? Braucht es das große Kapital? Brauchen es die Herrschenden in unserem Land? Die Fabrik- und Einzelhandelsmonopolisten und Multimillionäre? Mit einer machtvollen Demonstration gegen die Verschärfung des Versammlungsrechts unter der Losung „Ja zum Versammlungsrecht - Nein zur Verschärfung des Versammlungsgesetzes“ demonstrierten am Nikolaustag, den 06. November rund 6 000 Bürgerinnen und Bürger in Stuttgart gegen den Abbau demokratischer Rechte beim Versammlungsgesetz. Mit dem Nazi-Filbinger-Freund und in der reaktionären Karderschmiede der CDU in Weikersheim geschulten Ministerpräsident wird in Ba.-Wü. versucht, demokratische Versammlung-rechte abzubauen. Demonstrationen bei Tarifauseinandersetzungen, gegen Sozialabbau und für Frieden in Europa, für bessere Arbeiterrechte in der EU, sollen damit erschwert werden. Mit der Beratung und der Verschärfung des Versammlungsgesetzes im Landtag von Baw.-Wü. muss der Protest im kommenden Jahr noch deutlich größer werden.



Kommunalpolitik

Partei Die Linke schließt gemeinsamen Wahlvorschlag zur Kommunalwahl 2009 mit der DKP aus.

Erstmals und das in erfreulicher Weise öffentlich, hat die PDL ihre Haltung zur DKP bezüglich der anstehenden Kommunalwahlen 2009 konkret erklärt.

Sie erklärte (HNP 28.11.2008), dass die Wahllisten der PDL für Parteimitglieder als auch für jeden Bürger und jede Bürgerin offen sind, *soweit sie keiner anderen Partei angehören*. Mit dieser Haltung folgt die PDL ihren bundes- und landespolitischen Festlegungen eigenständige Listen aufzustellen. Das Bemühen der DKP seit Dezember 2007, ein gleichberechtigtes Parteienbündnis zur Kommunalwahlen zustande zu bringen, ist nach Einschätzung der DKP seit Mitte des Jahres 2008 bedauerlicherweise als erledigt zu betrachten. Seit diesem Zeitraum bemüht sich die DKP wie in den vergangenen drei Jahrzehnten um einen

eigenen Kandidaten vorschlag.

Politisch ist sich die DKP bewusst, dass

durch diese nicht zustande gekommene Partnerschaft unter einem gemeinsamen gleichberechtigten Wahlvorschlag die Gefahr besteht, Gemeinderatsmandate zu verlieren.

Die DKP Heidenheim wird alles Menschenmögliche tun, um ihre Mandate im Gemeinderat mit besonderen Aktivitäten zu sichern. Wir hoffen dabei auf die Unterstützung unserer Leserinnen und Leser am Tag der Wahl, am 07. Juni 2009.



Die Stadträte der DKP Heidenheim Wilhelm Benz u. Reinhard Püschel



DKP-Stadträte fordern mehr Sozialhilfe!

Die Armut in unserem reichen Land wächst kontinuierlich. Das war auch der Grund, warum die DKP von der Stadtverwaltung Heidenheim einen Armutsbericht verlangte. Nur wenn die Stadt einen konkreten Überblick über die soziale Situation habe, könne sie Hilfe gewähren, meinte Stadtrat Wilhelm Benz.

Die Stadtverwaltung weiß sehr wohl, warum sie die Erstellung eines Armutsberichtes abgelehnt hat. Lebensmittel, Mieten, Gas, Strom und Wasser sind so teuer, dass immer mehr Heidenheimer Bürger und Bürgerinnen große finanzielle Probleme haben. Deshalb verlangen die beiden DKP-Stadträte erneut mehr Sozialhilfe. In ihrem Sofortprogramm gegen Armut fordern sie: Einrichtung einer Notfallstelle bei der Stadt;



**Sozialtickets für Bus und Bahn;
Weihnachtsbeihilfen
Sozialtarife für Strom, Gas, Wärme und Wasser;**

Dass sie ihre Anliegen ernst meinen, zeigten die beiden Stadträte Püschel und Benz dadurch, dass sie sich schriftlich an den Stadtwerke-Direktor Brünner wandten. Aber nicht nur für Sozialtarife setzen sie sich ein. Auch wollten die beiden Stadträte wissen, ob die Stadtwerke Gas- oder Stromsperrern für möglich halten oder gar durchgeführt haben. Menschen, die wegen finanziellen Schwierigkeiten ihre Rechnungen nicht bezahlen können, dürften nicht damit bestraft werden, die Wintermonate in kalten Wohnungen zu verbringen.



PLoucQUET



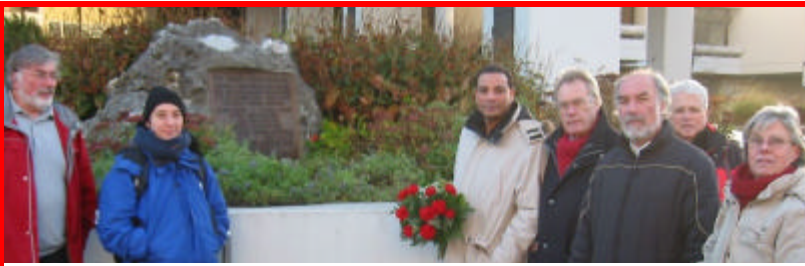
Die Initiative der DKP zur Gestaltung des Ploucquet-Areals beantworten die übrigen Rathausparteien mit Schweigen und Ideenlosigkeit. Die Stadtverwaltung selbst mauschelt, da ist sich die DKP sicher, in nichtöffentlichen Geheimtreffs weiter. Beispiel dafür ist die Ablehnung des DKP-Antrags einen gemeinderätlichen „Gestaltungsbeirat“ zu bilden, der in öffentlichen Sitzungen mit kommunaler und externer Fachkompetenz Bürgerinteressen bespricht, um so mit diesem kommunalen Grundstück ein interessantes heidenheimer Alleinstellungsmerkmal zu entwickeln.

Auch wenn VOITH keinen Grunderwerb anstrebt (HZ 29.11.08), so bleibt die Aussage, dass VOITH das Areal gut genutzt und entwickelt wissen will.

Damit sich die DKP-Gestaltungsidee weiter entwickeln lässt, formulierten die beiden DKP Stadträte Püschel und Benz ein Schreiben an die VOITH-Konzerngeschäftsführung sowie an die VOITH-Gesellschafter, mit dem Ziel, mehr über die Gestaltungsbedürfnisse von VOITH auf dem Ploucquet-Gelände zu erfahren. Um sich ein Gesamturteil bilden zu können, ist es von großer städtebaulicher Bedeutung, welche Vorstellungen oder mögliche Investitionen von VOITH im Zusammenhang mit der Ploucquet-Fläche relevant sind, da die Fläche des gesamten Bebauungsplans auch Flächen östlich der Ludwig-Lang-Straße einschließt. Aus dieser Gesamtschau heraus ergeben sich städtebauliche Unsicherheiten. Um diese zu minimieren bitten wir Sie, uns über Ihre beabsichtigten Ziele aufzuklären, so die DKP-Stadträte.



Keine linke Kopie - das Original wählen DKP



Zur Besinnung an die Gräueltaten des Hitlerfaschismus legte die Gruppe am Antifaschistischen Gedenkstein vor dem Rathaus Blumen nieder.



Claudia Cina (DKP), Anne Wanninger(Übersetzung), Konrad Dittrich (BR) Dr. Sánches Robaina (Kuba), Günter Düsing (DKP) Nicole Drücker (Übersetzung), Erwin Krajewski (Ausbildungsleitung), Johann Holzheu (DKP), Stadtrat Reinhard Püschel (DKP)



Unser Besuch aus Kuba

Auf Einladung der DKP besuchte Dr. Yosvany Sánchez Robaina, Mitglied der Provinzregierung Matanzas und Leiter der Abteilung für Internationale Beziehungen beim Gesundheitsministerium im Rahmen einer Rundreise durch die BRD vom 16. - 17.11. auch Heidenheim. Die Stationen der Besuche in Heidenheim, wie die Bilder zeigen, waren für alle Beteiligten äußerst informativ. Bei Hartmann war die Gelegenheit geboten, sich für die in den vergangenen Jahren erhaltenen Sachspenden für Kuba aufrichtig zu bedanken. Dr. Sánchez Robaina schilderte am Abend in der Bodega Espanola die verheerenden Folgen der Hurrikane, beantwortete Fragen zur weiteren politischen Entwicklung Kubas und informierte über die weltweite Solidarität für die in den USA inhaftierten fünf Kubaner. Das Ziel Kubas sei, mit allen Völkern der Welt nach dem Prinzip der gleichberechtigten Anerkennung und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten zusammenzuarbeiten



Information bei der Fa. Paul Hartmann AG

Empfang bei Oberbürgermeisterr Ilg

inhaftierten fünf Kubaner. Das Ziel Kubas sei, mit allen Völkern der Welt nach dem Prinzip der gleichberechtigten Anerkennung und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten zusammenzuarbeiten

Weltweite Forderung nach Freilassung der fünf Patrioten

Anlässlich der jetzt 10jährigen Haft der fünf Kubaner, die, weil sie ihr Volk gegen den Terrorismus verteidigt haben, in US-Gefängnissen in Haft sind, fanden weltweite Solidaritätsveranstaltungen statt. So fand in New York erstmals mit berühmten Künstlern ein öffentliches Konzert statt. Weitere Veranstaltungen gab es in Spanien, Österreich, Japan, Osttimor und auch in Australien.



Recht auf Arbeit, soziale Sicherheit und keine Kriegseinsätze in aller Welt, das wünscht Euch, liebe Kolleginnen und Kollegen die DKP Heidenheim.

Wie gut wäre es, wenn die Bundesregierung die mehr als 10,5 Milliarden Euro nicht für weltweite Kriegseinsätze, sondern für soziale Sicherheit, für besser Bildung mehr Lehrer, kleinere Schulklassen und öffentliche Investitionen zur Verfügung hätte.

